



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
*LANDESVERBAND BERLIN*

**Zeitgenössischer Tanz Berlin e.V.**  
Uferstr. 23  
13357 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

**LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN**  
Fon: 030 - 4692-140  
Fax: 030 - 4692-166  
[anett.seltz@spd.de](mailto:anett.seltz@spd.de)

Hotline: 030 - 4692-222  
[www.spd.berlin](http://www.spd.berlin)

Berlin, 16. Juni 2021

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021**

Sehr geehrte Frau Wolinska,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD im Bereich Tanz für Berlin.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: [https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin\\_Landeswahlprogramm.pdf](https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf)

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen  
Lina Najmi

## Inhalt

Wahlprüfstein 1: Runder Tisch Tanz Berlin (RTT).....	3
Wahlprüfstein 2: Nachhaltigkeit der Kunst- und Künstler:innenförderung.....	4
Wahlprüfstein 3: Förderstruktur und soziale Absicherung von freischaffenden Choreograf*innen und Tänzer*innen.....	5
Wahlprüfstein 4: Vielfalt und kulturelle Teilhabe .....	6
Wahlprüfstein 5: Städtische Sichtbarkeit des Tanzes .....	7

## Wahlprüfstein 1: Runder Tisch Tanz Berlin (RTT)

### 1) Inwiefern setzt sich Ihre Partei dafür ein, die begonnenen Maßnahmen innerhalb des neuen Strukturtitels 68329 für den Tanz fortzusetzen und trotz der angespannten Krisensituation in den kommenden Jahren kontinuierlich auszubauen?

Berlin ist einer der bedeutendsten Präsentations- und Produktionsstandorte für zeitgenössischen Tanz in Europa und hat dank der mehr als 2500 Tanzschaffenden in der Stadt ein einzigartiges künstlerisches und kulturwirtschaftliches Potenzial entwickelt. Dieses Potenzial weiterzuentwickeln und die vielfältige Tanzlandschaft zu fördern, war ein wesentlicher Schwerpunkt unserer kulturpolitischen Bestrebungen in der 18. Legislaturperiode. Bereits in den Koalitionsverhandlungen 2016 hat sich die SPD dafür eingesetzt, die Tanzförderung in den Koalitionsvertrag aufzunehmen und auf eine strukturelle und finanzielle Stärkung der Berliner Tanzlandschaft hinzuwirken. So initiierte der Berliner Senat unter Führung der SPD den ersten **Runden Tisch Tanz (RTT)** und stellte hierfür Umsetzungsmittel in Höhe von 100.000 Euro bereit. Die in 5 AGs von mehr als 200 Vertreter:innen der Berliner Tanzszenen partizipativ erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurden in einem mehrstufigen **Entwicklungsplan Tanz 2019-2025** gebündelt, dessen Umsetzung wir unter einem gesonderten Haushaltstitel (0810/68329) im Haushalt verankert und bisher jährlich aufgestockt haben. So haben wir beispielsweise die Mittel für die Konzeption des **Hauses für Tanz und Choreografie** und das **Pilotprojekt zur Residenzförderung 2021** gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Diese positive Entwicklung möchten wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen und die Fortführung der eingeleiteten Maßnahmen durch die Aufstockung des Strukturtitels sukzessive absichern und stärken.

Insgesamt haben wir die Mittel zur Kunst- und Kulturförderung von 520 Mio. Euro in 2016 auf knapp 680 Mio. Euro in 2021 aufgestockt und damit verdeutlicht, dass wir mit institutioneller Zuwendung künstlerische Arbeit in Berlin in über 70 Kultureinrichtungen sowie in einer Vielzahl unabhängiger Kunst- und Kulturinitiativen unterstützen. Mit Blick auf die angespannte Krisensituation nach der Pandemie stellen wir in unserem Landeswahlprogramm klar: **Mit der Berliner SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben.** Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist stattdessen eine **Kulturoffensive**, die eine Anschubfinanzierung über einen Sonderfonds bereitstellt, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Tanzstätten, Clubs und anderen Kulturräumen zu ermöglichen.

### 2) Hervorgehend aus dem Runden Tisch Tanz haben 2020 und 2021 die Konzeptionsphasen von drei neuen Einrichtungen für den Tanz begonnen. Mit welchen Ansätzen und Zeitplänen setzt sich Ihre Partei angesichts der fehlenden strukturellen Verankerung des Tanzes in Berlin für die konkrete Implementierung eines Hauses für Tanz und Choreografie, eines TanzArchivs und eines Tanzvermittlungszentrums - eingebettet in eine weiterhin zu stärkende Landschaft dezentraler Berliner Tanzorte - in den kommenden Jahren ein.

Eine wichtige Erkenntnis des Berliner Runden Tisches Tanz war der dringende Handlungsbedarf bei der Bereitstellung von Proben-, Produktions- und Aufführungsorten für die Berliner Tanzszenen, aber auch Zentren und ähnlicher institutionalisierter Infrastruktur, die die zahlreichen Maßnahmen zur Sichtbarkeit, Vernetzung und Wissensvermittlung innerhalb der Berliner Tanzlandschaft bündeln. Diesem Bedarf sind wir bereits in dieser Legislaturperiode nachgekommen und haben in einem ersten Schritt die Konzeption eines **Hauses für Tanz und Choreografie**, eines **Tanzarchivs** und eines **Tanzvermittlungszentrums** auf den Weg gebracht. Dazu wurden 2020/2021 insgesamt 229.500 Euro für die Konzeptionsphasen der jeweiligen Projekte zur Verfügung gestellt. Da sich der Konzeptions- und Vorbereitungsprozess dieser Projekte im Zuge der Pandemie verzögert hat, hat die SPD-Fraktion

im Abgeordnetenhaus regelmäßige Befassungen mit den Umsetzungen in den Parlamentsgremien aufgenommen und wird die Umsetzung weiterhin parlamentarisch begleiten. Es ist dennoch bereits jetzt absehbar, dass der gesetzte Zeitrahmen für den Aufbau des Hauses für Tanz und Choreografie bis 2025 nicht eingehalten werden kann. Dennoch sind wir zuversichtlich, mit der Expertise des eingesetzten Konzeptionsteams und des begleitenden Fachbeirats den Hausbetrieb bereits in der nächsten Legislaturperiode aufnehmen zu können. Auch hier ist die Berliner SPD entschlossen, sowohl auf Senats- als auch auf Parlamentsebene auf eine zügige Implementierung hinzuwirken und behalten uns dabei eine Verlängerung der Projektzuwendung für die Hauskonzeption vor.

### **3) Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um das wegweisende - und über Berlin hinaus stark wahrgenommene - partizipative Verfahren aus dem Jahr 2018 für den Dialog der nächsten Jahre aufrechtzuerhalten?**

Mit dem partizipativen Verfahren *Runder Tisch Tanz* haben wir bundesweit Maßstäbe für eine partizipative und transparente Kulturpolitik im Sinne einer **Cultural Governance** nach dem **Bottom-up-Prinzip** gesetzt. Dieses beispielgebende Projekt konnte uns nur mit dem Engagement des Tanzbüros Berlin, den 19 Mitgliedern des Runden Tisches und der Beteiligung von mehr als 200 Tanzschaffenden gelingen. Darauf wollen wir weiter aufbauen und die Berliner Tanzszene über die Konsultationsfunktion hinaus zur kulturpolitischen Mitbestimmung bis hin zur Selbstbestimmung empowern. Um die Vielstimmigkeit und Pluralität der Berliner Tanzlandschaft in der Beratungsstruktur widerzuspiegeln, gilt es auf eine gleichberechtigte Repräsentation bisher unterrepräsentierter Gruppen zu achten wie z.B. queerer Tänzer:innen, Tänzer:innen of Color oder Tänzer:innen mit Beeinträchtigung. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, das **Tanzbüro Berlin** als Vermittlungsinstanz zwischen der Tanzszene und der Kulturpolitik stärker in die Beratungsstrukturen der Senatsverwaltung für Kultur einzubinden. Form und Rahmen einer solchen Beteiligung wollen wir künftig im Dialog mit dem Tanzbüro Berlin beraten.

### **Wahlprüfstein 2: Nachhaltigkeit der Kunst- und Künstler:innenförderung**

- a) **Wie würde Ihre Partei eine Tanzförderung konzipieren, in der sich die Künstler\*innenförderung und die Förderung von Projekten verschränken und in einem fluiden Konstrukt in das System der Strukturförderung des Tanzes in Berlin eingebettet werden?**
- b) **Wie stellen Sie sicher, dass diese Tanzförderung finanziell so ausgestattet ist, dass sie dem Stellenwert des Tanzes in Berlin mit seiner internationalen Ausstrahlung gerecht wird, dem Tanz auch finanziell den gleichen Stellenwert einräumt wie den anderen Sparten und ihn damit als Kunstform stärkt?**
- c) **Was wäre Ihrer Ansicht nach ein krisenfestes und auf die künstlerische Praxis zugeschnittenes Fördersystem, das den Tanz in seiner gesellschaftlichen Wirkkraft jenseits der klassischen Bühnenschemata angemessen fördert? Auf welche Förderlogik würde sich ein solches gründen und ab wann würden Sie es innerhalb und jenseits der Allgemeinen Anweisungen umsetzen?**

*Die Teilfragen a), b) und c) werden zusammen beantwortet.*

Für die Berliner SPD ist die Tanzförderung als Teil der Kultur- und Kunstförderung kein Projekt auf Zeit, sondern eine Daueraufgabe und wesentlicher Bestandteil der **kulturellen Daseinsvorsorge**. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Kultur- und Kunstförderlogik weiterentwickelt werden muss. Wir müssen es auch angesichts der Corona-Krise schaffen, sowohl die bestehenden und reichhaltigen kulturellen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten als auch die Produktion künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen. Wir wollen eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken auf Bundesebene hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen

und Impulsen. Die SPD strebt deshalb einen Förderansatz an, der die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler:innen stärker in den Blick nimmt und künstlerische Biografien ermöglicht (z.B. durch Basisförderung, Residenzförderung, Langzeitstipendien, Kulturaustauschstipendien etc.), gleichzeitig aber auch eine Einbettung der Künstler:innenförderung in die Strukturförderung in Form von starken Kunstzentren, Ensemblebildungen und kuratierten Kunsteinrichtungen vorsieht. Wir streben deshalb ein **Kulturfördergesetz für Berlin** an, das der Kunst- und Kulturförderung eine **rechtliche und verlässliche Grundlage** gibt, eine **Neustrukturierung der Fördermaßnahmen** vorsieht und das künstlerische Potenzial der Stadt nachhaltig weiterentwickelt. Dies würde sowohl den professionell arbeitenden Tänzer:innen und Choreograph:innen als auch den Tanzstätten und Einrichtungen für zeitgenössischen Tanz in Berlin zugutekommen. Der Empfehlung des Runden Tisches folgend, das Fördervolumen für Arbeits- und Recherchestipendien für Kunstschaffende anzuheben, hat der Berliner Senat unter Führung der SPD die Mittel für die Stipendienprogramme kontinuierlich aufgestockt und die Zahl der Stipendien deutlich erhöht. Gefördert werden im Jahr 2021 etwa 800 zusätzliche Arbeits- und Recherchestipendien i.H.v. 6,5 Mio. €. Diese positive Entwicklung wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

### **Wahlprüfstein 3: Förderstruktur und soziale Absicherung von freischaffenden Choreograf\*innen und Tänzer\*innen**

**a) Welches Modell zur sozialen Absicherung von freischaffenden Choreograf\*innen und Tänzer\*innen verfolgt Ihre Partei? Und wie würde sie es erreichen, ein solches Modell auch in der Bundesgesetzgebung zu verankern? Wie müsste ein Pilotmodell für Berlin aussehen, um zu einem späteren Zeitpunkt auf Bundesebene implementiert zu werden?**

Künstler:innen müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-, Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele Kunst- und Kulturschaffende in eine existentielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass Kulturförderung eine auskömmliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler:innen sicherstellt.

Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, das System der sozialen Sicherung so weiterzuentwickeln, dass Kunst- und Kulturschaffende (und andere Soloselbständige wie Kulturvermittler:innen) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns unverhandelbaren **Künstlersozialversicherung** und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die **weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme** einschließlich der Grundsicherung im Alter. Hierfür will die Berliner SPD auf eine entsprechende Nachbesserung der Grundrente im Bund hinwirken. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung gegen Einnahmeausfälle offensteht. Darüber hinaus werden wir die Regelungen für die oftmals unregelmäßig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films, der Tanz und Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu verbessern. Wir werden eine grundsätzliche **Pflicht zur Altersvorsorge** einführen und Selbständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir im Bund bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängig Beschäftigten.

## Wahlprüfstein 4: Vielfalt und kulturelle Teilhabe

- a) **Der Tanz mit seinen Akteur\*innen ist in seiner Vielfältigkeit wie kein anderes Genre ein Spiegelbild der Stadtgesellschaft. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass alle Tanzkünstler\*innen in verschiedenen Stadien des Berufslebens und auch in Elternschaft trotz unregelmäßiger Arbeitszeiten die gleichen Chancen auf Ausübung ihrer künstlerischen Praxis und barrierefreien Zugang zu den Förderprogrammen haben? Wie wollen Sie nachhaltige Konzepte für den Abbau von Barrieren umsetzen?**

Das Thema Mutter- und Elternschaft sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Kunstbetrieb noch selten thematisiert und findet bisher in den Förderprogrammen wenig Beachtung – in einer Berufsbranche, die stark von unkonventionellen Arbeitsmodellen geprägt ist und regelmäßige Nacht- und Wochenendarbeitszeiten voraussetzt. Insbesondere tanzschaffende Mütter aus der freien Szene sind überproportional von der Doppelbelastung durch Sorgearbeit und prekäre Arbeitsbedingungen betroffen. Die Berliner SPD hat diese Problematik erkannt und setzt sich sowohl sozial- als auch kulturpolitisch dafür ein, **tanz- und kunstschaffende Eltern zu entlasten** und stärker auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Einerseits wollen wir an der Kunstförderung ansetzen und die Zuwendungsfähigkeit zusätzlicher Kinderbetreuungskosten in öffentlich geförderten Kunstprojekten und Residenzstipendien prüfen. Auch öffentliche Förderprogramme sollten mehr Kontingente für Künstler:innen mit Familienverantwortung anwenden und dies in der Ausschreibungspraxis hervorheben, um Künstlerinnen gezielt anzusprechen. Andererseits werden wir weiterhin alle sozialen Angebote stärken, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern: Wir stehen für gute, kostenlose, bedarfsgerechte und inklusive Kinderbetreuung. Mit dem Programm „MoKiS“ bietet Berlin auf Initiative der SPD einen öffentlich geförderten **„Mobilen Kinderbetreuungsservice“ für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten**. Wir schließen an diesem Erfolg an und wollen die **flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende und für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten**, weiter ausbauen. Zudem werden wir ein besseres Verfahren bei der Vergabe von Kitaplätzen schaffen und unterstützen Lösungen für die Entwicklung und den Ausbau einer **Online-Platzvergabe für die Kindertagesbetreuung**. Viele Kunstschaffende mit Familienverantwortung stoßen beim Wiedereinstieg in den Kunstbetrieb auf Hürden. Ihnen wollen wir den Wiedereinstieg nachhaltig erleichtern. Hierfür müssen die bisherigen Maßnahmen zu familienorientierten Personalstrategien auf Freiberufler ausgeweitet werden. Dazu gehören etwa eine kostenfreie Beratung zu Elternzeit und Pflege von Angehörigen sowie kostenfreie Maßnahmen zum Qualifikationserhalt und zur Rückkehr in den Beruf. **Ganztagsbetreuung in der Schule** gibt es in Berlin seit vielen Jahren. Dieses Angebot soll in den nächsten Jahren mit einer **Qualitätsoffensive im Ganztag** qualitativ weiterentwickelt werden. Wir intensivieren zudem den Dialog mit der Berliner Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft, um die **Familienfreundlichkeit im privaten Kunstbetrieb** zu stärken.

- b) **Wie stellen Sie sicher, dass sich die diverse Stadtgesellschaft noch stärker im tanzkünstlerischen Schaffen abbildet? In welcher Form wollen Sie die kulturelle Teilhabe weiterentwickeln? Wie unterstützen Sie das Engagement der Berliner Tanzszene gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus, Ableismus, Ageism und andere Diskriminierungsformen?**

Inklusion ist ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer sozialdemokratischen Politik für Berlin – dies gilt auch für die Kultur- und Kunstförderung. Unser Anspruch einer sozialdemokratischen Kulturpolitik für Berlin besteht darin, **kulturelle Bildung, Beteiligung und Betätigung für alle zu sichern**, anstatt soziale Diskrepanzen und urbane Machtverhältnisse kulturell zu festigen. Wir wollen eine **Kultur für alle, mit allen und von allen**. Allen Berliner:innen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Migrationsbiographie, Beeinträchtigung, Religion, sexuellen oder geschlechtlichen Identität, soll ein

**geschützter Zugang zu (öffentlichen) Kunst- und Kulturräumen und Chancengleichheit für kulturelle Teilhabe** garantiert werden. Der Berliner Tanzszene leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag: Als körperliche und erfahrungsbezogene Ausdrucksform beschäftigt sich die Tanzkunst wie keine andere Gattung mit Fragen der (mehrheits-) gesellschaftlichen Normierung von Körperlichkeit und einer inklusiven Öffentlichkeit. Der Berliner Tanzszene kommt deshalb die wesentliche Bedeutung zu, Berliner Subkultur(en) zu würdigen, aber auch queeren, afrodeutschen oder (post)migrantischen Künstler:innen mehr Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu verschaffen. Wir werden diesem Engagement gerecht und bauen Förderprogramme mit erweitertem Fokus auf die Inszenierung minorisierter Gruppen und anderen Ansätzen wie feministische Performance und dekoloniale Ästhetik weiter aus.

Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer Kulturpolitik. Projekte wie das Diversitätsbüro **Diversity Arts Culture**, die Aufnahme des Kulturmonitoring-Programms oder auch das Programm „eintrittsfreier Sonntag in Berliner Museen“ zeigen, wie wirksam die sozialdemokratische Teilhabepolitik ist. Diesen Weg der Öffnung kultureller Angebote für die vielfältige Öffentlichkeit in Berlin muss auch für die Tanzkunst in Form von kostenlosen Tanzangeboten in den Bezirken gelten – insbesondere für Senior:innen, Kinder und Geflüchtete öffnen. Denn für uns ist klar: **Kultur muss zugänglich, bezahlbar und wohnortnah bleiben**. Wir behalten dabei alle Berliner Stadtteile im Blick und sorgen dafür, dass die Berliner:innen auch an ihrem unmittelbaren Wohnort von kulturellen Angeboten profitieren können. Hierfür räumen wir dem kulturellen Angebot in den Bezirken eine starke Rolle ein. Diese leisten unverzichtbare Arbeit für **eine flächendeckende kulturelle Versorgung**.

### **Wahlprüfstein 5: Städtische Sichtbarkeit des Tanzes**

#### **a) Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um die Sichtbarkeit des Tanzes in der Innenstadt zu gewährleisten und langfristig Flächen und Räume für nicht nur präsentationsorientierte Arbeitsprozesse zu sichern?**

Die Berliner SPD hat Baupolitik in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt und wird die Neubaupolitik des Landes zur Chefsache machen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass Kunst- und Kulturräume in die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden. Dazu wollen wir in Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer:innen **zusätzliche Flächen und Räume für Kunst und Kultur** schaffen und vertraglich absichern. Gerade unter den Bedingungen der wachsenden Stadt braucht Berlin ausreichend Ateliers, Produktions- und Präsentationsorte. Unser Ziel bleibt es, Künstler:innen in Berlin auch bei anhaltenden Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen eine Grundversorgung mit bezahlbaren Proberäumen und Ateliers zu gewährleisten. Das vom Senat neu gegründete **Bündnis „Kultur Räume Berlin“** bietet hierfür einen sachdienlichen Rahmen, den wir weiter fördern und ausbauen wollen. Auch bei der Schaffung **landeseigener Kunst- und Kulturräume** haben wir wesentliche Fortschritte erzielt. So konnten wir durch gezielte Ankäufe, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum Radialsystem V, in den letzten Jahren wichtige Kulturinfrastruktur in Landeshand sichern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass landeseigene Grundstücke weiterhin nur in Ausnahmefällen an Private veräußert werden. Diese **gemeinwohlorientierte Vergabepolitik** wird insbesondere Kunst- und Kulturschaffende bei der Selbstbeschaffung bezahlbarer Arbeits- und Proberäume bestärken.

**b) Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Tanz und Choreografie in künftige Stadtentwicklungskonzepte - besonders im Innenstadtbereich - einzubinden?**

Die künstlerische Auseinandersetzung mit urbanem Raum ist ein wesentlicher Bestandteil des kulturellen Selbstverständnisses Berlins. Die vielfältigen Kunstprojekte im öffentlichen Raum sind Ausdruck dieses Selbstverständnisses und ihr Erhalt steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik. Wir werden weiter daran arbeiten, die Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit von Tanz im öffentlichen Raum zu stärken und *Outdoor-Performing* sowie Tanzinitiativen an öffentlichen Außenorten in Berlin weiter zu ermöglichen. Wir behalten dabei alle Berliner Stadtteile im Blick und sorgen dafür, dass alle Bezirke urbane Tanzkunst fördern. All diese und weitere stadtpolitische Maßnahmen zur Sichtbarkeit von Kunst im urbanen Raum sieht die Berliner SPD als Teil eines kulturbewussten Gesamtansatzes für Stadtentwicklung. Deshalb setzen wir uns für die Erstellung eines **Stadtentwicklungsplans Kultur** für Berlin ein, der einen Rahmen für die Umsetzung kultureller und künstlerischer Aspekte in die Stadtplanung schafft und konkrete Projekte und Orte für Kunst und Kultur benennt und bei der Entwicklung von Stadtquartieren mitdenkt.